



EU-Bürgermeisterkonferenz zum Thema „Städtische Abwehrmaßnahmen gegen den Terrorismus“

Gemeinsame Veranstaltung der Europäischen Kommission und des AdR

Am 08.03.2018 hat die Europäische Kommission in Zusammenarbeit mit dem Ausschuss der Regionen (AdR) eine Bürgermeisterkonferenz mit dem Titel „Building urban defences against terrorism: lessons we learned from recent attacks“ veranstaltet. Ziel der Konferenz war es, Vertreter der Städte und Regionen zusammenzubringen, um den Austausch über Erfahrungen und Lösungsansätze zum Umgang mit der Gefahr von terroristischen Angriffen auf den öffentlichen Raum zu fördern.

Die Konferenz ist Bestandteil des am 18.10.2017 veröffentlichten Aktionsplans „für einen besseren Schutz des öffentlichen Raums“ der Kommission. Er ist eine Reaktion auf die zunehmende Gefährdung des öffentlichen Raumes durch terroristische Attacken. Darin führt die Kommission aus, dass die Anschläge in verschiedenen Städten Europas gezeigt hätten, dass der öffentliche Raum aufgrund seiner Zugänglichkeit und seiner damit einhergehenden erschwerten Sicherung ein beliebtes Anschlagziel geworden sei.

Der Aktionsplan beschreibt demgemäß zwei Maßnahmen zum Schutz des öffentlichen Raumes: Zunächst soll der Austausch und die Weiterentwicklung bewährter Sicherheitsverfahren grenzübergreifend durch gezielte Finanzierung gefördert werden. Hierzu hat die Kommission im Oktober 2017 18,5 Mio. Euro im Rahmen des Fonds für die innere Sicherheit bereitgestellt. Finanziert werden soll hiermit auch eine bessere und effektivere Kooperation zwischen Strafverfolgung, Zivilschutz und den medizinischen Diensten an einem Anschlagort. Ab 2018 soll diese Finanzierung zudem durch weitere Mittel im Rahmen der Initiative „Innovative Maßnahmen für eine nachhaltige Stadtentwicklung“ unter dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung in Höhe von 100 Mio. Euro ergänzt werden. Des Weiteren möchte die Kommission den Mitgliedstaaten und den Kommunen bis zum vierten Quartal 2018 konkrete Leitfäden zum Schutz von stark frequentierten Orten, Flughäfen und der

Verbesserung physischer Widerstandsfähigkeit von Gebäuden vorlegen.

Schließlich sieht der Aktionsplan eine stärkere Zusammenarbeit mit lokalen und regionalen Behörden vor. Im Rahmen der am 29.09.2017 unterzeichneten Erklärung von Nizza hatten Bürgermeister der Europa-Mittelmeerregion sich bereits auf einen Austausch über bewährte Verfahren zur Vorbeugung von Radikalisierung und zum Schutz des öffentlichen Raums geeinigt.

Die Konferenz wurde durch den Kommissar für Migration und Inneres, Dimitris Avramopoulos, den Kommissar der Sicherheitsunion, Julian King, Karl-Heinz Lambertz, Präsident des Ausschusses der Regionen und dem französischen Innenminister, Gérard Collomb, eingeleitet. Kommissar Avramopoulos hob die Bedeutung des Aktionsplans und der bereitgestellten Fördermittel der Kommission hervor. Zudem wurde erneut die Notwendigkeit einer Kooperation zwischen den lokalen und privaten Akteuren betont. Insbesondere AdR-Präsident Lambertz stellte klar, dass die lokalen Behörden aufgrund ihrer Nähe zu den Bürgern der entscheidende Akteur in der Prävention derartiger Anschläge seien.

Als Repräsentanten der durch Terroranschläge betroffenen Städte nahmen im Rahmen verschiedener Podiumsdiskussionen u. a. der Berliner Staatssekretär Torsten Akmann sowie die Bürgermeister von Manchester und Brüssel, Andrew Murray Burnham und Phillipe Close, an der Konferenz teil. Sie berichteten über ihre eigenen Erfahrungen und Erkenntnisse aus dem Umgang mit den Anschlägen. Es wurde deutlich gemacht, dass bei der Sicherung des öffentlichen Raums auch dessen Offenheit und dessen Funktion als Begegnungsraum in ausgewogenem Maße Rechnung getragen werden müsse. Anschließend wurden die Themen „Sicherheit durch Architektur von öffentlichen Gebäuden und Räumen“ sowie die Sicherheit von Massenevents diskutiert.

Zweiter Themenschwerpunkt der Konferenz war die Radikalisierungsprävention. Das Panel



dazu wurde durch den Bürgermeister von Mechelen, Bart Somers, moderiert. Dieser hob die Bedeutung von Integration und die Förderung von sozialer Infrastruktur für eine erfolgreiche Präventionsarbeit hervor. AdR-Präsident Lambertz begrüßte die Entscheidung der Kommission, im Rahmen des Aktionsplans Mittel für die Sicherheit des öffentlichen Raums bereitzustellen. Um die Probleme effektiv angehen zu können, müssten die durch die Kommission bereitgestellten Mittel den entsprechenden lokalen Behörden zugeleitet werden. Auch die Kommissarin für Regionalpolitik, Corina Crețu, betonte die soziale Dimension der Sicherheitspolitik. Diese hänge auch von erfolgreicher Bildungs- und Gesundheitspolitik sowie dem Zugang zur öffentlichen Grundversorgung ab.

Auf der Konferenz wurde deutlich, dass die zukünftige Sicherung der Öffentlichkeit vor terroristischen Attacken neben einer praktischen und architektonischen Veränderung des öffentlichen Raumes nicht ohne erfolgreiche Präventionsarbeit gelingen kann. Dies wurde in einem gemeinsamen abschließenden Statement vom Kommissar King, AdR-Präsident Lambertz und Regionalkommissarin Crețu abschließend festgehalten. Der Ausschuss der Regionen berät derzeit über Empfehlungen zum Aktionsplan der Kommission. Diese sollen Gegenstand der Plenarsitzung des AdR am 04.07.2018 sein.

Weiterführende Informationen:

Aktionsplan der Kommission:

<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52017DC0612&from=DE>

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-3947_de.htm

[Bürgermeisterkonferenz:](#)

<https://www.eumayorsconference.eu/>

<https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/what-we-do/policies/european-agenda->